

KOMPAKT

Hanns Eisler

KONZERT In der Reihe Nachtkonzerte mit dem Münchner Kammerorchester unter Leitung von Bas Wiegers in der Rotunde der Pinakothek der Moderne, Barer Straße 40, wird der Komponist Hanns Eisler (1898–1962) vorgestellt. Der in die USA geflüchtete, in Hollywood gefeierte, nach Ostdeutschland zurückgekehrte Schöpfer von Filmmusik in Hollywood, Zwölftonmusik und Arbeiterliedern war eine der vielseitigsten und widersprüchlichsten Musiker-Persönlichkeiten. Auf dem Programm stehen »Hollywooder Lieder« nach Texten von Bertolt Brecht und »Ernstes Gesänge«. Gezeigt wird ferner der Stummfilm *Regen* (1929), zu dem Eisler das Sextett »14 Arten den Regen zu beschreiben« schuf. Karten sind im Vorverkauf erhältlich unter www.m-k-o.eu/konzerte/nachtmusik-der-moderne/ndm-2024-eisler oder an der Abendkasse. *ikg*

Brunch

SONNTAGSTREFF Jeweils am zweiten Sonntag im Monat, nun also am Sonntag, 9. Juni, bietet das Restaurant »Einstein« im Jüdischen Gemeindezentrum am Jakobsplatz zwischen 11 und 14.30 Uhr wieder seinen traditionellen Sonntags-Brunch. Für 45 Euro pro Erwachsenen und 18,50 Euro für jedes Kind gibt es allerlei Spezialitäten, die die jüdisch-israelische Küche zu bieten hat: unter anderem Baba Ganoush, Hummus, hausgemachte Pastrami, Salate, Schawarma, Tabouleh sowie ein Dessertbuffet. Voranmeldung ist erforderlich unter www.einstein-restaurant.de. *ikg*

Denkschule

BUCHPRÄSENTATION Am Dienstag, den 11. Juni, um 19 Uhr stellt Philipp Lenhard, seit August 2022 DAAD Professor of History and German an der University of California in Berkeley, sein im Verlag C. H. Beck erschienenen Buch *Café Marx. Das Institut für Sozialforschung von den Anfängen bis zur Frankfurter Schule* im Literaturhaus, Salvatorplatz 1, vor. »Café Marx« – das war lange Zeit der Spitzname des 1924 eröffneten Instituts. Im Gespräch mit der Zeit-Journalistin und Wissenschaftsexpertin Anna-Lena Scholz erläutert der Historiker Lenhard, in welchem historischen Kontext Theodor W. Adorno, Walter Benjamin, Max Horkheimer, Leo Löwenthal, Herbert Marcuse und Friedrich Pollock zu Schlüsselpersonen des 20. Jahrhunderts wurden. Die Teilnahme an dieser Kooperationsveranstaltung der Stiftung Literaturhaus mit dem Historischen Seminar der Ludwig-Maximilians-Universität/Jüdische Geschichte und Kultur ist kostenpflichtig; eine Anmeldung ist erbeten unter der Rufnummer 0761/8884 9999. Weitere Informationen finden sich unter www.literaturhaus-muenchen.de. *ikg*

»Gegensteuern«

INTERVIEW Die Politologin Miriam Heigl über Extremismus in den Parlamenten, die Gefährdung der Demokratie und aufflammenden Antisemitismus seit dem 7. Oktober

Frau Heigl, Sie leiten seit 2010 die städtische Fachstelle für Demokratie im Münchner Rathaus. Der Name formuliert einen großen Anspruch: Wie umfangreich ist Ihr Aufgabengebiet?

Ziemlich umfangreich. Wir sehen, dass die Demokratiegefährdung in der Mitte der Gesellschaft angekommen ist und sich nicht mehr ausschließlich am rechten Rand verorten lässt: Wir haben mittlerweile relevante Zustimmungswerte zu demokratie- und menschenfeindlichen Aussagen quer durch die Bevölkerung. Zudem gibt es immer wieder neue Bewegungen, die unser Zusammenleben gefährden: Ein Beispiel wäre etwa die mit der Corona-Pandemie entstandene »Querdenker«-Bewegung oder auch der erstarkende türkische Ultranationalismus, der von der aktuellen türkischen Regierung gezielt gefördert wird.

Die Unsicherheit wächst auch in der jüdischen Gemeinschaft in München, besonders seit dem Terrorangriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 ist die Stimmung besorgt und angespannt. Welche Veränderungen haben Sie seit diesem Einschnitt in der Stadt wahrgenommen?

Wir sehen leider eine Zunahme an antisemitischen Vorfällen und strafrechtlich relevanten Sachverhalten beim Antisemitismus. An den Münchner Schulen erheben wir als Fachstelle selbst diese Zahlen und mussten im Jahr 2023 eine Steigerung um 16 Prozent im Vergleich zum Vorjahr verzeichnen, insbesondere nach dem 7. Oktober. Zugleich ist es mir wichtig, darauf hinzuweisen, dass wir als Kommune sehr aktiv versuchen gegenzusteuern, wo es unsere Kompetenzen zulassen. Etwa im Bildungsbereich: So haben wir am 23. Oktober vergangenen Jahres ein Schreiben zum Umgang mit dem israelisch-palästinensischen Konflikt an alle städtischen Schulen in München versandt. Das Schreiben enthielt Hinweise zum pädagogischen Umgang mit der Thematik im Unterricht, eine fachliche Einordnung der Geschehnisse sowie weiterführende Hinweise. Zudem haben wir unmittelbar nach dem 7. Oktober mehrere Fortbildungen für Schulleitungen und Lehrkräfte organisiert, an denen über 150 Personen teilgenommen haben. Und erst am 26. April haben wir ein Stadtratshearing zum Antisemitismus im Bildungsbereich durchgeführt.

Mit dem BDS-Beschluss von 2017 und dem Verbot anti-israelischer Demonstrationen im vergangenen Oktober hatte die Landeshauptstadt sehr konkrete Maßnahmen gegen aufflammenden Antisemitismus ergriffen – und beide hatten vor Gericht keinen Bestand. Sind der Politik beim Kampf gegen Antisemitismus zu enge Grenzen gesetzt?

Auf jeden Fall in der Kommunalpolitik. Das Bundesverwaltungsgericht hat sich ja leider nicht inhaltlich mit der Sache befasst, sondern vor allem darauf verwiesen, dass



Miriam Heigl leitet seit 2010 die städtische Fachstelle für Demokratie, hier im Gespräch mit Münchens Oberbürgermeister Dieter Reiter

wir als Kommune keine gesetzliche Grundlage haben, um BDS aus unseren Räumen auszuschließen. Im föderalen System der Bundesrepublik können wir als Kommune aber nun einmal keine Gesetze erlassen. Daher haben der Oberbürgermeister und auch die Spitzen der großen Fraktionen im Münchner Stadtrat an den Freistaat appelliert, eine rechtliche Grundlage zu schaffen, beispielsweise über eine Änderung der Gemeindeordnung.

Mit der AfD ist der Extremismus inzwischen auch in den Parlamenten angekommen, die Umfragewerte sind trotz leichtem Abwärtstrend immer noch erschreckend. Besteht der demokratische Konsens in München und ganz Deutschland diese Feuerprobe?

Wenn wir auf die Wahlergebnisse schauen, sehen wir, dass die Situation in München deutlich von der in Bayern abweicht: Bei der Landtagswahl 2023 erreichte die AfD in München 7,1 Prozent, und sie erzielte keine Stimmengewinne in absoluten Zahlen. Das war auf bayerischer Ebene anders. Was wir allerdings nicht wissen, ist, wie erfolgreich der »Kampf um die Köpfe« der

extremen Rechten ist. Repräsentative Studien zeigen, dass es in unserer Gesellschaft und auch in München eine ausgeprägte Tendenz gibt zur Abwertung von Minderheiten und vulnerablen Gruppen. Und wir sehen einen ausgeprägten Wunsch danach, einen Schlussstrich unter die kritische Auseinandersetzung mit der NS-Zeit zu ziehen. So stimmen 42 Prozent der Münchner der Aussage zu: »Es muss endlich Schluss damit sein, dass wir Deutsche bis heute für die Verbrechen des Nationalsozialismus büßen.« Einschließlich derer, die »teils/teils« geantwortet haben, liegt der Zustimmungswert sogar bei 62 Prozent. Solche Themen sind natürlich Einfallstore für die Propaganda der extremen Rechten.

Antisemitismus kommt heute auch aus anderen Bereichen des Spektrums. Spätestens, seit die Philosophin Judith Butler den Angriff vom 7. Oktober als »bewaffneten Widerstand« verharmlost hat, steht auch der sogenannte Postkolonialismus im Fokus, der Israel als angeblichen kolonialen Unterdrücker kritisiert. Mit der Forderung nach »multiperspektivischem Erinnern« scheinen einige seiner Vertreter

sich auch gegen die Singularität des Holocaust zu wenden. Rutscht hier nur ein Nischenthema unter das Vergrößerungsglas oder wächst eine echte Bedrohung heran?

Ja, wir sehen hier eine Debatte, die in gewisser Weise an den Historikerstreit von 1986/87 erinnert, aber aus einer ganz anderen Richtung kommt. Erstaunlich ist, dass einige Personen, die sich selbst als »progressiv« oder »links« bezeichnen würden, nicht erkennen, welche Parallelität es hier mit dem historischen Historikerstreit gibt, der ja von konservativer Seite vom Zaun gebrochen wurde. Wie in der damaligen Debatte tritt auch heute eine Geschichtsvergessenheit und Ignoranz gegenüber der Schoa zu Tage, die einen erschauern lässt. Ich halte diese Debatte daher für höchst problematisch und glaube, dass sie in akademischen Kontexten leider durchaus eine gewisse Resonanz erfährt. Gesamtgesellschaftlich betrachtet, scheinen mir allerdings andere Einfallstore für Antisemitismus noch relevanter.

Mit der Leiterin der Fachstelle für Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Menschenfeindlichkeit München sprach Leo Grudenberg.

Biografische Spurensuche

RECHERCHE Ausgehend von einem Klassenfoto erforschten zwei Historikerinnen das Schicksal von Kindern der Jüdischen Volksschule

Alles begann mit einem Zufallsfund, den die Historikerin Kristina Milz im Zuge ihrer Dissertation über den Orientalisten Karl Süßheim in dessen Nachlass fand: ein Foto der dritten Klasse aus der Jüdischen Schule an der Herzog-Rudolf-Straße 5, entstanden im Jahr 1937. Milz, tätig am Institut für Zeitgeschichte, tat sich zusammen mit der Akademischen Rätin Julia Schneidawind vom Lehrstuhl für Jüdische Geschichte und Kultur an der Ludwig-Maximilians-Universität.

Im Rahmen einer Übung erarbeiteten sie mit 13 Studierenden die Biografien der 26 abgebildeten Jungen und 22 Mädchen. Ausgangspunkt war das durchnummerierte Foto mit den Namen aller Kinder und ihres Klassenlehrers Ferdinand Kissinger, eines Großonkels von Henry Kissinger. Der Fund war dem Kind Nummer 16, Margot Süßheim, zu verdanken. Die Kinderschicksale erschlossen sich aus den Memoiren des Kindes Nummer 40, Hugo Holzmann, sowie aus Melderegistern, Deportationslisten und Selbstausagen.

Genau 100 Jahre nach der Gründung der Jüdischen Schule am 16. Mai 1924 stellten die beiden Historikerinnen die Ergebnisse der bisherigen Recherche im Jüdischen Gemeindezentrum vor. Für Charlotte Knobloch war dieses Ereignis tief bewegend, war sie doch selbst dort eingeschult worden, bevor die Schule durch den Brand der daneben gelegenen Synagoge »Ohel Jakob« 1938, die stetig zunehmenden Repressalien gegen die jüdische Gemeinde, Flucht und ab 1941 Deportation, im Jahr 1942 ganz aufgegeben werden musste.

»Eine ungebrochene Traditionslinie war dies nicht«, stellte die IKG-Präsidentin fest, die sich bis heute erinnert: »Gemeinsam haben wir erlebt, wie Schüler verschwanden, weil ihren Familien noch die Auswanderung geglückt war, und wie immer wieder Lehrer vor Verzweiflung weinten.«

Das Grußwort des Historikers Michael Brenner fiel sichtlich gerührt aus, erinnerte er sich doch an die Schulzeit seiner

Tochter an der Sinai-Grundschule, die Jahrzehnte später einen Grundstock jüdischen Wissens bedeutete, wie ein solcher

schon einmal existiert hatte. Der Leiter des Instituts für Zeitgeschichte, Andreas Wirsching, sieht das Potenzial für ein Buch,



Lesung von Schülern des Gymnasiums, im Hintergrund die Überlebende Sara Hinde Rosenstock

das die Geschichte der Jüdischen Schule ab 1924 behandelt.

Einen Ausblick darauf gab Eva Tyrell, die im Kulturreferat im Bereich Public History München tätig ist, mit ihrem Beitrag zur bislang weitestgehend unbekanntem Gründungsgeschichte, worin »die Sorge um die Weitergabe jüdischer Identität und jüdischer Bildung« im Vordergrund stand. Zunächst war es eine private Konfessionsschule in der Trägerschaft von »Ohel Jakob«. 1934 wurde die Kultusgemeinde zuständig. Es kamen nun Kinder hinzu, die wegen der »antisemitischen Politik des Schulamtes« anderswo nicht mehr geduldet wurden. Julia Schneidawind sprach über die Lehrkräfte, die unter schwierigsten Bedingungen qualifizierten Unterricht, sogar Ausflüge, organisierten. Es gab auch einen Bogen zur Gegenwart: Die vierte Klasse der Sinai-Schule sang zum Auftakt ihre Schullhymne, die Lesung der Selbstzeugnisse erfolgte durch Schülerinnen und Schüler der 9. Klasse des Helene-Habermann-Gymnasiums. *Nora Niemann*

Foto: IKG München und Oberbayern/Tom Hausenberger